

II- 10282 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5130 IJ

1990-03-08

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Dr. Partik-Pablé, Eigruber
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Zusammenlegung oberösterreichischer Gendarmerie-
posten

Seit einigen Jahren muß in Österreich ein permanenter Anstieg
der Kriminalität festgestellt werden. Diese Entwicklung ist
insbesondere auf den raschen Zuwachs der Vermögensdelikte
zurückzuführen.

Nach vorliegenden Informationen hat im ersten Halbjahr 1989
in Oberösterreich vor allem die Zahl der Raubüberfälle,
Einbruchsdiebstähle und Sachbeschädigungen rapide zugenommen.

Obwohl Oberösterreich im Bereich der Gendarmerie bundesweit
den mit Abstand schlechtesten Platz (522 Einwohner pro
systemisierten Beamten) einnimmt, wurde vom Bundesministerium
für Inneres angekündigt, insgesamt 13 Gendarmerieposten
aufzulassen und anderen Postenkommanden einzuverleiben.
Damit nimmt Oberösterreich auch im Hinblick auf die geplante
Postenzusammenlegung den negativen Spitzenplatz in Österreich
ein.

Aus verständlichen Gründen lehnt die überwiegende Mehrheit
der betroffenen Bevölkerung diese Zusammenlegung ab, da die
öffentliche Sicherheit aufgrund des vergrößerten Einsatzge-
bietes nicht hinreichend gewährleistet erscheint.

Die unterfertigten Abgeordneten richten in diesem Zusammen-
hang an den Herrn Bundesminister für Inneres nachstehende

A n f r a g e :

Warum ist trotz des Kriminalitätszuwachses und der prekären Personalsituation geplant, in Oberösterreich die bundesweit umfangreichste Zusammenlegung von Gendarmerieposten durchzuführen?